Fachinformationen Arbeitsrecht, Dienstag, 2. November 2021

Gewalt gegen Beschäftigte (kommunaler) Gebietskörperschaften

Online-Befragung des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung im Auftrag des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Es gibt verschiedene Hinweise, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Rahmen ihrer Tätigkeit zunehmend von körperlicher Gewalt (z. B. Schlägen, Tritten, Angriffen mit Gegenständen/Waffen) und psychischer Gewalt (z. B. Anfeindungen, Beleidigungen/Beschimpfungen) betroffen sind. Flächendeckende Zahlen liegen bisher aber nicht vor. Aus diesem Grund hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) damit beauftragt, eine Untersuchung zum Ausmaß von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie zu möglichen Handlungsansätzen durchzuführen.

Im Rahmen dieser Untersuchung wird im Oktober und November 2021 eine Befragung (kommunaler) Gebietskörperschaften durchgeführt. Zudem werden Berufsfeuerwehren und kommunale Rettungsdienste befragt. Hierdurch soll eine umfassende Datenbasis zur Häufigkeit von gewalttätigen Übergriffen sowie zum Einsatz und zur Einschätzung von Präventions- und Nachsorgemaßnahmen geschaffen werden.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund macht auf diese Befragung aufmerksam. Beim FÖV steht Ihnen als Ansprechpartnerin für das Projekt Frau Carolin Steffens (steffens@foev-speyer.de) für Rückfragen zur Verfügung.

211027 Online-Befragung_Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Anlage: Infos_Kommunenbefragung_Gewalt öD